

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

Sie können es sich sicherlich denken, die Gruppe der Nationaldemokraten lehnt den rot-grünen Haushaltsplanentwurf natürlich ab. Das Ganze ist aus Sicht der NPD wieder einmal ein Machwerk von Schönrechnerrei, um die Peinlichkeit einer Haushaltssperre zu vermeiden. Man könnte meinen, hier wären osteuropäische Hütchenspieler vom Nordmarkt am Werk gewesen. Oder mit anderen Worten: Sie wissen weder ein noch aus, wollen es aber nicht zugeben.

Orientieren möchten Sie sich eh nur nach noch schlechter aufgestellten Städten und Gemeinden. So rühmt sich der OB bei jeder sich bietenden Gelegenheit damit, daß es Hagen, Bochum, Duisburg oder Essen ja noch schlechter, zu mindest aber nicht besser ginge als Dortmund.

Mensch, das ist ja toll!

Ihnen fliegt endlich die volksfeindliche Multi-Kulti-Politik um die Ohren. Da fehlen mal eben 20 Millionen Euro beim Jugendamt aufgrund Ihrer irren Asylpolitik, Schulen und Freizeitstätten können nicht oder nur müheselig modernisiert oder saniert, müssen dann oftmals geschlossen werden und bei den Bürgerdiensten herrscht absolutes Chaos.

Da bereitet Ihnen selbst die Tarifierhöhung für die örtlichen Bus- und Straßenbahnfahrer, oder eigentlich kleinere Projekte, wie die Umwandlung von Ascheplätzen zu Kunstrasenplätzen große Kopfschmerzen und schlaflose Nächte am Rechenschieber.

Viel wichtiger ist Ihnen aber sowieso die Sicherstellung der Finanzmittel für den ideologischen Kampf gegen Andersdenkende. 300.000€ zuzüglich noch unklarem Renovierungsbudget für eine Schrottimmoblie an der Rheinischen Straße, 10.000€ Entschädigungsgeld für den vorherigen, unliebsamen Mieter damit er das Objekt vorzeitig verläßt, der wiederum das Geld bestimmt gerade in Huckarde investiert und sich ins Fäustchen lacht, mehrere Hunderttausend Euro für Ihr Projekt "Verfolgung, Intoleranz und Gesinnungsdiktatur", ach "Vielfalt, Toleranz und Demokratie" heißt es natürlich, wie konnte ich das verwechseln?

Aber nicht nur für den anscheinend recht erfolglosen Kampf gegen Andersdenkende verprassen Sie Unsummen an sowieso nicht vorhandenem Geld. Ich erinnere, derzeit knapp 2,2 Milliarden Schulden!

Sie versuchen auf Biegen und Brechen Ihre Multi-Kulti-Fantasien umzusetzen. Doch dieser Traum platzt wie eine Seifenblase, da können

Sie noch so viel Geld in die Hand nehmen und die unzähligen Kulturen im gesamten Dortmunder Norden versuchen zu bespaßen, damit sie sich anpassen. Die geplanten 3,1 Millionen werden Ihnen da aber nicht reichen.

Manchmal, wenn man sein Konzept noch mal in einer ruhigen Minute gründlich liest, oder es von jemand anderem erneut vorgetragen bekommt, überdenkt man sein niedergeschriebenes Vorhaben vielleicht noch mal. Deshalb trage ich hier als Paradebeispiel für verrückte Multi-Kulti-Politik einen eingereichten Antrag der Grünen noch mal vor:

”Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Konzeption für eine soziale Beratungsstelle für EU-ZuwanderInnen in der Nordstadt zu erarbeiten und vorzulegen.” Weiter heißt es: ”Die Beratungsstelle soll insbesondere Menschen, die sich auf der Grundlage des EU-Freizügigkeitsgesetzes in Dortmund aufhalten, über die rechtlichen Grundlagen informieren, sie bei Behördenangelegenheiten unterstützen und Dolmetscherleistungen anbieten.”

Irre!

Starten Sie doch mal folgenden Selbstversuch: Googlen Sie wahllos nach zehn Telefonnummern von in Bulgarien lebenden Bulgaren. Rufen Sie diese an und lassen Sie einen Dolmetscher diesen Antrag übersetzt am Telefon vorlesen und um eine Meinung bitten. Ich gehe davon aus, daß Sie schon während des Vorlesens zehn Bulgaren zum lachen und Kopf schütteln gebracht haben. Ernst hat Sie aber sicherlich keiner genommen. Oder aber die zehn Bulgaren sind schon hier, ehe Sie den Hörer aufgelegt haben.

Von den roten Leuchtturmprojekten fange ich besser erst gar nicht an...

Finanzieren soll Ihnen dieser Spaß natürlich der Bürger. Erhöhungen der Straßenreinigung, Abwassergebühren, Gewerbesteuer, und und und...

Auch Steitz und Sieraus Plan, mit Asylanten Geld zu verdienen, in dem sie die Erstaufnahme nach Dortmund holten und hofften, einen Überschuss aus den Fördermitteln zu erzielen, ging reichlich in die Hose.

Die NPD-Gruppe im Rat der Stadt fordert:

- sofortiger Finanzierungsstopp für die ideologischen Projekte “Kampf gegen Andersdenkende” (zusammen etwa 1 Millionen Euro)

- sofortiger Finanzierungsstopp aller Multi-Kulti-Projekte (alleine in der Nordstadt mehr als 3 Millionen Euro)
- Abschiebung der bereits rechtskräftig abgelehnten Asylantenfamilien (Einsparung mehr als 20 Millionen Euro)
- Abschiebung aller kriminellen Ausländer (Einsparung sicherlich im zweistelligen Millionenbereich)
- einen Ausländerrückführungsbeauftragten
- Keine weiteren Moscheebauten in unserer Stadt. Wer baut, will bleiben!
Bei aller Achtung vor der islamischen Religion treten wir Nationaldemokraten der immer weiter voranschreitenden Islamisierung unserer Stadt entschieden entgegen
- das die Privatisierung kommunaler Grundversorgungsunternehmen und Wohnungsgesellschaften gestoppt bzw. rückgängig gemacht wird. Diese Unternehmen müssen in öffentlicher Hand bleiben. Besonders die drohende Privatisierung des Klinikums muss verhindert werden
- Senkung aller Abgabegebühren
- Erhalt, Sanierung und Ausbau von Kindergärten, Schulen, Freizeit- und Kulturbetriebe
- Errichtung weiterer öffentlicher Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- Garantie für einen wohnraumnahen Kindergartenplatz für deutsche Kinder ab drei Jahren. Deutsche Kinder sind bei der Vergabe von Plätzen zu bevorzugen. Ein Ausländeranteil von 5% in einer Kindergartengruppe sollte nicht überschritten werden
- Vermehrte Förderung von Vereinen, die Jugendabteilungen unterhalten oder aufbauen. Die vorgenannten Maßnahmen sollten die Liebe der Jugendlichen zu Volk, Heimat und Natur wecken und fördern
- Verkauf von nicht genutzten städtischen Immobilien. Leerstehende Schulen sollen jedoch nur vermietet werden
- Verkauf der städtischen Luxusfahrzeugflotte, die durch eine der aktuellen Haushaltssituation angepassten Fahrzeugflotte ersetzt wird

- das öffentliche Verwaltungen und Kommunalbetriebe ausschließlich Deutsche einstellen
- eine gezielte Mittelstandsförderung
- bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Unternehmen des heimischen Mittelstandes besonders berücksichtigt werden

Aufgrund begrenzter Redezeit entnehmen Sie alle weiteren Forderungen und Erläuterungen zu den eben genannten Punkten unserem Programm.

Vielen Dank